

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei auswärtigen Postbezugs monatlich 8,15 M., bei Bestellung unter Freitrag für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2496.

Leserbriefe werden in der Redaktion nicht beantwortet. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die in den Briefen enthaltenen Meinungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die in den Briefen enthaltenen Meinungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die in den Briefen enthaltenen Meinungen.

Postkasten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2595 - 96, 9768

Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Herd der Reaktion.

Nationalistische Versammlungsförderung.

T. U. Stuttgart, 23. Februar

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Friedensgesellschaft führten nationalistiche Elemente scharfe Szenen herbei. Schon der erste Redner, der sächsische Kultusminister Dr. Strecker, wurde beständig unterbrochen. Als dann Prof. Dr. Nicolai sprechen wollte, wurden gegen ihn Beschimpfungen geschleudert, die eine Schlägerei zwischen Anhängern der Friedensgesellschaft und den Nationalisten auslöste, wobei ein Teilnehmer am Kopf verletzt wurde. Ein ehemaliger Hauptmann der Pflieger-Regiment von Kuylen, Doerr, erhob gegen Nicolai den Vorwurf der Falschheit und der Verleitung dreier Soldaten zur Desertion, worauf sich nun wieder eine heftige persönliche Auseinandersetzung zwischen Nicolai und Doerr entwickelte.

Auch dieser Vorgang beweist wieder, daß die Reaktion planmäßig vorgeht. Wie in Berlin, so sind auch in Stuttgart reaktionäre Offiziere die Führer des Bösewichts. Die Reaktion schöpft den Mut zu ihrem Vorgehen nur aus der Tatsache, daß sie sich der bewaffneten Macht sicher weiß. Dank der Arbeit Roskas ist diese Macht heute ein ausgereinigtes Werkzeug der Reaktion, jederzeit bereit, die Offensive zu ergreifen.

Labour Leader über die Unmöglichkeit des Friedensvertrages.

H. N. London, 23. Februar

„Labour Leader“ schreibt in seiner letzten Nummer: Noch leichter als man vermutete, fällt der Friedensvertrag mit Deutschland auseinander. Gleich bei der ersten Veröffentlichung war es klar, daß die Bestimmungen nicht ausgeführt werden können. Der Oberste Rat sah sich bereits gezwungen, auf die weitesten Bedingungen zu verzichten, in denen er die Auslieferung des Kaisers und die Auslieferung der Kriegsschuldigen verlangte. Eine zweite Bestimmung, die der Kohlenversorgung Frankreichs, wird nicht erfüllt, weil die Erfüllung unmöglich ist, und auch in diesem Punkte werden die Alliierten die Forderung entweder aufgeben oder vertraglich herabsetzen müssen. Und in gleicher Weise wird man die anderen Bestimmungen entweder lassen oder herabsetzen müssen, bis der ganze Vertrag ein reiner Fetten Papier wird, und die Notwendigkeit eines neuen und vernünftigen Vertrages anerkannt wird.

Amerika und der Völkerbund.

Washington, 23. Februar (Reuters)

Der Senat hat mit 38 gegen 33 Stimmen einen Antrag auf Ablehnung des Vorbeschlusses bezüglich des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Völkerbund abgelehnt. Die unabhängigen Vertragsgegner von der republikanischen Partei gingen bei der Abstimmung mit den Demokraten zusammen. Der Senat nahm daraufhin mit 45 gegen 30 wieder den ursprünglichen Wortlaut des Vorbeschlusses an.

Stillelegung der holländischen Schiffahrt.

H. N. London, 23. Februar

Die Niederländische Schiffahrtvereinbarung, die alle großen Wasserstraßen umfaßt, hat beschlossen, von Montag ab jede Arbeit an den Häfen vollständig einzustellen. London, 23. Februar. Der frühere deutsche Dampfer „Imperator“ ist Sonntagabend von Liverpool abgegangen. Es ist die erste Reise, welche das Schiff von England nach Amerika macht. Der „Imperator“ hat 1500 Passagiere an Bord.

Holländische Milchlieferung.

H. N. Haag, 23. Februar

Die holländische Regierung hat auf eine Anfrage der französischen Regierung, ob Holland eine regelmäßige Lieferung von Milch für stehende Frauen und Säuglinge im ostdeutschen Grenzgebiet im Falle von jährlich 50.000 Litern im Winter und 10.000 im Sommer übernehmen wolle, sich bereits erklärt, dieses

Quantum zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, daß Deutschland seine Grenzen für eine bestimmte Anzahl Jahre für holländisches Vieh nicht abschließt.

Heimkehr der Sibirien-Gefangenen.

Der Vorkriegs-Vorsitzender hat, wie Reuter meldet, Erlaubnis zur Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen erteilt, die sich in Sibirien befinden. Sie sollen über Ostasien nach Hause befördert werden.

Damit wird der schmückende Schmuck vieler kriegsleidender deutscher Familien, die seit Jahren auf die baldige Heimkehr ihrer dort in Gefangenschaft sich befindenden Angehörigen warten, endlich in Erfüllung gehen. Wir können nur hoffen, daß die Entente auch die praktischen Schwierigkeiten der Heimbeförderung durch Befreiung von Lohndienern, Kleinrenten aus der Welt schafft, damit die ohnehin noch Monate dauernde Rückkehr soviel als möglich beschleunigt wird.

Da auch mit der Sowjetregierung Verhandlungen angeknüpft sind wegen der Heimbeförderung der in den von ihr beherrschten Gebieten in Sibirien befindlichen Gefangenen, so ist damit die Hoffnung gegeben, daß in absehbarer Zeit alle deutschen Kriegsgefangenen der Heimat wieder zugeführt werden.

Ein Notizrei der Zeitungsverleger.

Auf einer am Sonntag in Weimar togetanen Versammlung der deutschen Zeitungsverleger ist nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise der Zeitungsunternehmen eine Entschließung angenommen worden, in der betont wird, daß die völlige Unsicherheit der Papierbeschaffung, die ungeheure Preissteigerung des Druckpapiers, aller Materialien und Maschinen, die Erhöhung der Gehälter und Löhne, die Unmöglichkeit, einen auch nur annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze bestehenden Verlusten der Zeitungen, ohne eine Sicherstellung des Zeitungsdrukspapiers zu noch erträglichen Preisen das Einstellen der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Zeitungen zur Folge haben muß. Die Reichsregierung sei für die Vermeidung der Wirkung einer solchen Katastrophe nicht hell bewacht. Ferner wird über die Bedeutung der Presse gesagt:

„Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung Ordnung und Wirtschaft in Deutschland den allerschwersten Gefahren ausgesetzt werden und der Wiederherstellung unmöglich gemacht wird. Verschwinder die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärung, ihre Ermutigung in Deutschlands schwerster Zeit, dann treten die Flugblätter aller geräuschenden Kräfte von drinnen und draußen an ihre Stelle.“

Die deutschen Zeitungen wollen keine Niederlagen für sich, sehen sie vielmehr ab; aber sie haben das wohlverordnete Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen sichergestellt wird, vor der vernünftigen Erwartung, die durch die gegenstandslosen Spekulationen und Schätzungen auf dem Holzmarkt den hauptsächlichsten Koststoff für das Zeitungspapier so verteuern, daß das Papier für die übergroße Mehrzahl der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird.

In letzter Stunde riefen deshalb die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen öffentlichen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen und dadurch des Zeitungsdrukspapiers.“

So berechtigt der Hinweis der Zeitungsverleger auf die bedeutenden Aufgaben der Presse ist, so löst die Erklärung begreiflicherweise doch völlig außer Acht, daß die Mehrzahl der Zeitungsunternehmen nicht ihrer idealen Aufgaben wegen aufhört werden, sondern rein kapitalistische Erwerbsunternehmungen sind. Glaubt man mit der Verbilligung des Druckpapiers, durch die den Zeitungen das Weiterbestehen ermöglicht wird, wären deshalb Maßnahmen nötig, die dem kapitalistischen Charakter der Zeitungen und den verderblichen Folgen dieser Tatsache entgegenzuwirken hätten.

Die monarchistische Kerntruppe.

Die blutigen Vorgänge in der Versammlung des Bundes des Vaterland haben die Größe der reaktionären Gefahr wieder einmal deutlich vor aller Augen geführt. Die Zeit der stillen, unterirdischen Arbeit ist für die Reaktion längst vorbei. Sie wird von Tag zu Tag aktiver und geht mit offener Gewalt zur Durchführung ihres Zieles vor. Ihre Stärke liegt aber nicht in dem Einfluß begründet, den sie auf die Volksmassen ausübt, sondern in der Tatsache, daß sie die bewaffnete Macht hinter sich weiß und daß sie dieser Hilfe so sicher ist, daß sie Teile dieser Macht herbeizum Angreifen vorzubereiten kann. Es ist ein deutliches Zeichen der Zeit, daß bei allen Ereignissen, die sich die Reaktion in den letzten Monaten in Berlin und im Reich leistete, Angehörige der Reichswehr als Stütztruppe vorgeführt wurden und Offiziere in Zivil aber Uniform den Angriff leiteten.

Da bisher auch nicht ein einziges Verbrechen, von dieser Seite verübt, eine Sühne fand, wird der Mut dieser Reaktion naturgemäß gestärkt, und jeder knifflig verlaufene Gewaltakt ist für sie eine Herausforderung zu neuen, schärferen Propaganden. Die baltischen Vorden, die Deutschland vor eine ungeheure Gefahr gestellt haben, konnten einen ehrenvollen Einzug in Deutschland halten, keiner dieser Soldaten ist zur Verantwortung gezogen worden. Obwohl sie der Regierung deutlich genug zu verstehen gegeben haben, daß sie auf den Tag der Abrechnung brennen, werden sie immer noch unter Waffen gehalten und können in aller Offenheit ihre Pläne gegen den Bestand der Republik schmieden. Sie sind immer noch die stärkste Stütze der Reaktion, riesige Geldmittel fließen ihnen von dieser Seite zu, unter den Augen der Regierung schließen sie ihre Verbände, sind für jeden Gewaltstreik zu haben und spotten mit Recht auf Rasko, weil sie von ihm nichts zu befürchten haben.

Nicht anders ist es bei der Reichswehr. Die Truppe, die die Regierung der Republik schützen soll, ist die stärkste Gefahr für diese Regierung. Es gibt heute kaum noch einen Truppenteil, der der republikanischen Bestimmung huldigt. Die Führer haben in der letzten Zeit eifrig gearbeitet, eine monarchistische Kerntruppe zu schmieden. Die durch den Friedensvertrag bedingte Herabsetzung der Heeresstärke wurde von den militärischen Führern dazu benutzt, in erster Linie die Truppenverbände zu entlassen, bei denen die republikanische Gesinnung Eingang gefunden hatte. Der „Vormarsch“ führt dafür folgende Beispiele an: Reichswehrbataillon 49, Kanonenzug 8 Potsdam, Flakabteilung 8 Oberschießen, Kanonenzug 13 Berlin, Wachabteilung der Kommandantur Berlin. Bei all diesen Formationen waren die Unterführer Mitglieder des republikanischen Führerbundes. Heute sind Führer und Soldaten entlassen.

Dem Führerbund wird es außerdem fast unmöglich gemacht, Anhänger in der Truppe zu werben. Die Befehlshaber verbieten den Soldaten einfach den Eintritt zum republikanischen Führerbund oder lösen bereits bestehende Ortsgruppen auf. Auch hierfür führt der „Vormarsch“ Beispiele an, und zwar die folgenden: „Ortsgruppe 303“ bei R. F. B. durch Brigadeführer aufgelöst. Den Eintritt in den R. F. B. haben durch Befehl verboten: Reichswehrbrigade 8 und Reichswehrbrigade 10. Eine Warnung vor dem Eintritt, die praktisch einem Verbot gleichkommt, haben erlassen: Reichswehrregiment 6, Reichswehrregiment 29, Freikorps Grollig, Marinebrigade II. Bei letzterer wurden fast sämtliche Mitglieder des R. F. B. entlassen.

Es trifft sich gut, daß aufgerechnet die Marinebrigade II unter den Truppenteilen aufgelöst ist, die keine republikanischen Führer duldet. Diese Formation ist eine der reaktionärsten der Reichswehr, sie hat sich schon wiederholt an den nationalitätlichen Ereignissen beteiligt, ohne daß gegen sie eingeschritten wurde. Und mehr noch: diese Truppe hat auch das Gros der Kadetten und Brügelhelden in der Grollig-Versammlung gestellt. Wo nicht nur Vorkämpfer, sondern auch Angehörige der Reichswehr, waren die Störenfriede. Wie um diese Soldaten zu haben, wird dies in der „Deutschen Zeitung“, der „Volk“ und im „Reichsboten“

rühmend hervorgehoben. Es bedarf keines Beweises, daß die Soldaten nicht aus freien Stücken in die Verhaftung gezwungen sind. Hinter dem reaktionären Maday steht nicht eine Organisation, die planmäßig arbeitet. Diejenigen Männer, die in der Verhaftungsmassung die Prüfungen inszenierten, standen auch bei der Evakuierung der Erziehungskommission und der Vertreibung des Aulestendbundes der Kriegsteilnehmer an der Spitze der Madaykisten. Sie sind von mehreren Seiten wiedererkannt worden, und es dürfte den Behörden bei einigermaßen gutem Willen nicht schwer fallen, ihre Namen festzustellen, die ganze Organisation aufzudecken, ihre Hintermänner und Führer zur Verantwortung zu ziehen. Die gemeinen Soldaten, die den Maday mitmachen, sind nicht die Hauptschuldigen. Es sind die mißbrauchten Opfer ihrer Führer: in ihrer Gedankenlosigkeit geben sie sich zu dem Spektakel her und wissen nicht, daß sie, genau wie im Felde, nur die Sturmböde für die Interessen anderer sind.

Wie lange will sich das deutsche Volk von diesen Streichen noch transzieren lassen? Von der heutigen Reaktion will sie zu erwarten, ist so gut wie aussichtslos. Sie ist die Gefangene der Reaktion, wie Koske der Gefangene der Reichswehr ist. Das Volk muß sich selber helfen. Der rein agitatorische Einfluß der Reaktion wird viel zu viel überhöht. Sie verdammt ihre Erfolge in einem weit härteren Maße der geschickten Regie als der Durchbruchkraft ihrer Ideen und Gedanken. Denn die sind so kümmerlich und geistlos, daß sie von jedem politischen Reaktionsgegner widerlegt werden können. Freilich kommt der Reaktion der politische Rückstand, von dem sich das deutsche Volk so schwer freimachen kann, sehr entgegen. Die Dummheit ist neben der bewaffneten Macht der stärkste Helfer der Reaktion. Aber sie ist auch am leichtesten zu bezwingen. Gerade in der Frage der Auslieferung und der Aburteilung der Kriegsverbrecher hat es sich gezeigt, daß die Reaktion lebhaft mit der Dummheit, Urteilslosigkeit und Vergeßlichkeit des deutschen Volkes rechnet. Es ist für dieses Volk wenig ehrenvoll, daß es sich so leicht in das Schlepptau derer nehmen läßt, die es in das Unglück der Krieges und der millitärischen Niederlage gestürzt haben. Gaben die 12 Millionen Feldgrauen, die unter Waffen standen und in ihrer Hauptmasse Proletarier, Ungehörige der arbeitenden Klasse waren, so schnell vergessen, was ihnen während des Krieges angetan wurde? Sehen sie nicht mehr die Bilder der Verführung und Verwüstung, das Leid und den Schmerz der Verwundeten und der vom Kriege betroffenen Zivilbevölkerung? Wissen sie nicht mehr, wer die Feinde waren, und wollen sie nicht begreifen, daß eben jene Männer, die sie ins Verderben gestürzt haben, jetzt eben wieder die Führer der Reaktion geworden sind? Es ist an der Zeit, daß die ehemaligen Feldgrauen aufstehen und der Reaktion verkünden, daß ihre Stimme nicht die Stimme des Volkes ist. Mag die Reaktion sich auf die Macht der Maschinengewehre stützen. Im Kampf der Wälder, darf sie weder Pulver noch Sieger sein.

Die Staubhalschande.

Wie die „Schönerer Volkszeitung“ meldet, ist der verantwortliche Redakteur, Genosse J. Fischer am 19. Januar ohne Auftrag aus der Wohnung geholt und auf die Festung Königstein gebracht worden. In dem nachträglich am 22. Januar ausgetretenen „Schönerer Volksbefehl“ wird als Grund angegeben, Fischer habe die Verbindung des Unken Hühners der U. S. V. mit der U. S. D. aufrecht. Er trete in den Versammlungen als Redner auf, wobei er für den gewaltsamen Sturz der Regierung mit Hilfe von politischen Messern aus dem Wege der Aufklärung der Räuberpublik und der Diktatur des Proletariats eintritt. Gegen Fischer, der Mitglied des Beirats der U. S. V. ist, liegt ebenfalls ein stichhaltiger Grund zur Verhaftung vor.

Nachträglicher Kunst recht.

Ende Januar fand in der Wipfstraße eine Kunstausstellung statt, über welche ich nicht berichten konnte, weil die „Freiheit“ verboten war. Bei der Wichtigkeit der Ausstellung möchte ich aber nachträglich einige Angaben machen. Die Ausstellung war veranstaltet vom Arbeiterverband „Naturfreunde“ und umfaßte Zeichnungen ausschließlich von Arbeitern. Sie bot also eine willkommene Gelegenheit, zu prüfen, was heute in der Arbeiterklasse an künstlerischen Talenten vorhanden ist und in welcher Richtung sich die künstlerische Anschauung der Arbeiter bewegt — wenn hier auch nur ein geringer Bruchteil vorhanden war. Die wackeren weißen Zeichner sind Realisten. Es steht für sie fest, daß die Zeichenkunst erstanden wurde, um Eindrücke der Außenwelt zu fixieren. Sie bemühen sich um ein getreues Nachbild landschaftlicher Schönheiten. Es ist keine Frage, daß eine solche Arbeit viel Freude bereiten kann und daß es Unsinns wäre, diese Freude jemandem zu verwehren. Aber mit Kunst hat diese Tätigkeit noch nichts zu tun, so wenig wie die Photographie. Die Gleichzeitigkeit im Abzeichnen ist sehr verschieden groß. Viele Zeichnungen sind trocken und spröde; manche könnte man in Königs Reichswaldmühl einstampfen, ohne verletzt zu werden. Dann sind einige Realisten, die die Naturwiedergabe präzisieren, sie beschränken sich. Die Zeichner sind am wenigsten erfreulich, weil Anlehnung an lebende Formen die Regel ist. Aber andere Zeichner erheben sich über die bloße Fixierung von Natureindrücken, ohne zu Illusionen. Sie fassen keine Landschaftsbilder, die von Empfindung erfüllt sind, persönlich wirken und sich der Gestaltung nähern. Dieses wertvolle Material ist sehr unangenehm, aber es fehlt nicht und erweist Hoffnung. Das, was das eigentlich künstlerische ausmacht, die Phantasie, beginnt hier sich zu regen. Um einige Namen zu nennen: Karentz, Freymann, auch Regel.

Bei einigen wenigen macht sich die Phantasie frei — für das Schöpferische. Da sind z. B. die Landschaftler von Dognitz, der sich von der Naturrichtigkeit löst, um aus Farben freie Rhythmen zu gewinnen. Dognitz wirkt un-er den Realisten zunächst wie ein Sonderling, ein bunter Vogel unter Schwarzmalern. Seine reizenden farbenreichen Landschaften wirken wie Dichtungen unter gesprochenen Landschaftsbildern. Der stärkste Künstler aber sehe ich in Albert Kloman zu sein. Ähnlich wie Peter Schiller, der in großem Maße von Proletariat entspringt, ist Kloman zunächst Realist. Aber er ist es in einem ganz anderen Sinn, als die, von denen wir anfangs sprachen. Er geht von der Natur aus, aber er bleibt nicht an ihrer Oberfläche stehen. Er entleert sie mit Behutsamkeit und mit einer fast wilden Entschlossenheit ihrer Oberflächen, seine Augen sind geblendet, Kloman ist Künstler

wie bei Dognitz. Auch in seinem Fall hat man erst nach seiner Verhaftung mühsam einige „Gründe“ zusammenzusuchen sich bemüht.

Die Maßnahmen gegen die Ostjuden.

Unlich wird folgendes bekanntgegeben: In einigen Zeitungen wird in jüngster Zeit ein heftiger Kampf gegen die Maßnahmen geführt, die von der Polizeibehörde gegen den andauernden starken Zustrom der Ausländer aus dem Osten getroffen oder geplant sind. Mehr oder weniger unerblickt wird dabei ausgesprochen, daß diese Maßnahmen sich nur gegen Juden richten. Das ist grundlos. Von diesen Maßnahmen werden alle Ausländer aus den östlichen Nachbarstaaten betroffen, die ohne Genehmigung und verbotswidrig in das Inland einreisen. Wenn die Ausländer jüdischen Glaubens in der Kaufstraße in die Erscheinung treten, so erklärt sich dies sehr einfach daraus, daß mindestens 90 vom Hundert der Zugehenden Juden sind. Seit Inkrafttreten des Friedensvertrages ist der Zustrom nach Deutschland aus den östlichen Nachbarstaaten vermehrt worden, die bisher in den abgetrennten, bis dahin nicht besetzten Teilen Polens und besonders Westpreußens Zuflucht gefunden hatten.

Die amtliche Rundgebung gibt dann eine Reihe Höflichkeit wieder, die die Annahme der Zuwanderung aus dem Osten illustrieren, und fährt dann fort:

Die Betrachtung dieser Zahlen ohne Vorwissen der Sachlage, um zu erkennen, daß das Inland bei den eigenen schweren Kämpfen gar nicht in der Lage ist, beträchtliche Menschenmengen dauernd oder auch nur längere Zeit bei sich zu beherbergen und zu ernähren. Die Lebensnotwendigkeit des eigenen Volkes verlangt gezielte Maßnahmen, die Ausländer die großen Lebensmittel des eigenen Volksgenossen nicht noch verdrängen. Inländische Arbeitskräfte sind allenfalls ausreichend, ja im Überflusse vorhanden.

Man braucht also gar nicht antisemitischen und antislawischen Gründen nachzuspüren, die die Ausweisungsmassnahmen angeht begründen; der Selbsthaltungstrieb des eigenen Volkes erfordert die Entsendung aller unzulässig und verbotswidrig sich hier aufhaltenden Fremdlinge.

Mit dieser Darstellung sind zunächst die vor kurzem erfolgten Erklärungen des Polizeipräsidenten Eugen Ernst nicht in Einklang zu bringen. Er hat ausdrücklich von der Gefahr der Einschleppung bolschewistischer Giftkeime durch die polnischen Juden gesprochen, und keine Absicht, die „lästigen Ausländer“ in Konzentrationslager zu bringen, erwiderte sich nur auf die Elemente, die im Zusammenhang mit der Unterhaltung der Bevölkerung nach wie vor davon überzeugt, daß als „lästige Ausländer“ nur die Armen und Entrechteten gelten werden, die z. T. auf der Flucht vor dem Antisemitismus nach Deutschland gekommen sind. Die Wohlhabenden werden ohne Rücksicht sowohl auf ihr Glaubensbekenntnis wie auf ihre monastischen Qualitäten unbehelligt bleiben.

Es gibt noch Richter in Budapest.

Von unserem ungarischen Korrespondenten wird uns geschrieben: Die kürzlichste Maßnahme zur Bekämpfung der Presse und des Lebensstandes der Proletarier und zur Verdrängung des ungarischen Arbeiterbewusstseins der Bourgeoisie, das Budapest der Kunstschmeichelei, arbeitete ohne Unterbrechung. Um einen Begriff davon zu geben, was seit Monaten tagtäglich beobachtet wird, wollen wir die Urteile von drei Tagen zusammenfassen. Der Oberlehrer Tibor Zufars erhält zwei Jahre Kerker, weil er Professoren und Schüler der Ofner Oberrealschule anleitet, der Diktatur des Proletariats treu zu bleiben. — Die Eisenarbeiter M. und K. Solor wurden zu fünf Jahren schweren Kerkers wegen Religionsstörung verurteilt, die sie dadurch begangen haben, daß sie ein Ordensgebäude für die Pöcde eines Arbeiterjugendheimes angefordert haben.

durch und durch. Hier war er nur als Zeitspender vertreten. In der Ausstellung des „Arbeiterrats für Kunst“ kann man ihn auch als Wächter kennen lernen. (Petersburger Straße 99 — durch eine einseitige Verfügung auf Verreiben des Hauswirts geschlossen wegen angeblicher bolschewistischer Umtriebe). In der Petersburger Straße ist bekanntlich vom Arbeiterrat der Versuch gemacht worden, künstlerische Arbeiterleistungen gemeinsam mit Werken der Kaiser und Architekten und Bildhauer auszustellen ohne trennende Klassifikation. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ich diese Form für wertvoller halte als die Ausstellung prinzipiell nur von Arbeiterkunstwerken. Wir wollen doch wenigstens in der Kunst die lächerlichen Klassenunterschiede verlassen und vor allem Menschen sein. Interessant war an der Ausstellung des Arbeiterverbandes auch folgendes: Mit der Ausstellung war ein Preiswettbewerb verbunden zur Erlangung eines Hundepalastes für die Wanderer. Die eingegangenen Arbeiten waren gleichfalls ausgezeichnet. Ich kann meine Enttäuschung nicht verhehlen, daß die unvergleichlich stärkste Leistung unter allen (wie ich sagte: eine Arbeit A. Lawson) nicht den ersten Preis erhalten hat, den sie ihrem hohen Werte nach unbedingt erhalten mußte, sondern sich mit dem 3. Preis begnügen mußte — hinter einem geschmackvollen, doch unergiebigen dekorativen Plakat und einem ebenfalls nicht seltenen Schriftplakat. Das Almosende Plakat zu brechen wäre eine Tat gewesen. Der Arbeiterverband hätte stolz sein können auf diese starke, lähne und prachtvoll erhaltene Leistung eines Proletariats. Schade, daß die Gegenwart verdrängt wurde. Es hat doch etwas Depressierendes, wenn Arbeiter die stärkste Leistung, die aus ihren Reihen kommt, nicht erkennen und sich lieber eine matte Bürgerlichkeit wählen. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle noch, daß ich kürzlich Zeichnungen eines Leipziger Dienstmannes sah, die ein seltenes künstlerisches Erlebnis sind. Von ihnen ein andermal mehr.

Edolf Dehne.

Ein kleiner Künstler.

Ich wohne im hohen Norden Berlins. Ich habe den Ringbahnweg verlassen und strebe, von der Arbeit loskommen, meiner Wohnung zu. Hierbei muß ich eine Nebenstraße passieren. Die kurze Straße ist fast menschenleer. Der frische Nordost hat den asphaltierten Hofraum glänzend geputzt. Auf einer Stelle des Hofraumes, ungefähr in der Mitte der Straße, stehen sechs Bohlenmische beieinander. Der Kellner unter ihnen kann vielfach sieben Jahre zählen. Die Hände bis an die Knöchel in den Tauben vergraben, an der rot gefrorenen Nase einen kleinen blauen Tropfen, stehen sie im Kreis um etwas herum und brachen von Zeit zu Zeit in ein lautes Geklapper aus und grübeln

Der Regl Dr. Gabriel Herenegg, weil er als Vorkämpfer der Arbeiterbewegung in die rote Armee einreichte und sie damit vorwärts drückte, daß sie gegen die Mitglieder der bestehenden bürgerlichen Klassen einen bewaffneten Angriff machen möge, wurde zu 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Der 61-jährige Glasarbeiter Alexander Hoffmann erhielt 1 Jahr Zuchthaus, weil er vor den Arbeitern der Staatseisenbahnwerke in Nürnberg eine sozialistische Rede hielt. — Der 31-jährige Arbeiter Karl Sági wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er der Vorsitzende des Arbeiterrates seines Dorfes war. — Der Hausbesitzer Martin Ghenei wurde zu 10 Jahren Nationalstrafe eines schmutzigen Verbrechens; 8 Jahre schweren Kerker. — Der politische Beauftragte der Westbahnlagerhäuser während der Rückkehr „aufreißende“ Neben: 4 Jahre Kerker. — Der Schlossergehilfe Franz Szabó ließ sich einem gegenrevolutionären Ausschuss die Nationalstrafe von einem Jahre abholen und die rote Fahne hissen: 5 Jahre Kerker. — Der Eisenarbeiter Alexander Tóth erhielt anderthalb Jahre Kerker, weil er Mitglied der Terrortruppe geworden ist. — In anderer 8 Monate, weil er eingetretten und nach zwei Tagen wieder ausgetreten ist. — Die Tabakarbeiterin Frau Ludwiga Weinelt wurde wegen aufräumenden Arbeit zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt. — Der Hausbesitzer Josef Jozsó wurde zu zwei Jahren verurteilt, weil er den Bewohnern seines Hauses in einer Rede die Vorgänge der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt unternahm.

Ueber die grauenhaften Morde in Kecskemet peries die ungarische Welt in Empörung. Die Zahl der Ermordeten beträgt 137. Der Ermordete des Nordes ist der Oberleutnant József Sélás. Kein einziger der Mörder wurde bestraft oder verfolgt, alle die dem Morde Vorlauf geleistet haben, sind noch immer in Amt und Würden. Der Oberkommandierende der Stadt war dieser Tage in Kecskemet, sein erster Weg führte ihn nach der Eisenbahnstation zu den Pétás, die als die „Bekehrten“ der Stadt gefeiert werden.

Es gibt noch Richter in Budapest!

Sowjettruppen in Jekatl.

Blabimowod, 12. Februar. Die Sowjetarmee hat der Armee des Generals Kowst eine Niederlage zugefügt, ist in Jekatl eingetroffen und hat mit den Tscheken einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Der Ausbau der bayerischen Wasserstraßen.

Die Regierung hat dem Reich ein Gesuch zur Unterbreitung zur Verwirklichung von 75 Millionen Mark als erste Rate zur Fortführung der Main-Donau-Nationalisation und Anschließung bis Würzburg und zum Ausbau der Donau-Wasserstraßen von Regensburg bis Passau. Dabei sollen 100 Millionen Mark Wasserkräfte mit einer Jahresleistung von 225 000 000 kWh gewonnen werden und an der Donau eine solche von 244 000 000 kWh jährlich gewonnen werden.

Im Bundtag fand am Sonntag eine ausgedehnte Beratung über den Rhein-Donau-Kanal statt. Die meisten Mitglieder, zahlreiche Abgeordnete, Vertreter der Schiffahrtsämter, der Handelskammern, der rheinischen Industrie und zahlreicher Städte nahmen daran teil. Es wurde betont, daß die Rhein-Donau-Verbindung die größte Wasserstraße Europas werden wird und geradezu einen verkehrswirtschaftlichen Umwälzung für ganz Europa bedeutet. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Reich nur einer solchen Linienführung zustimmen werde, die das deutsche Gesamtinteresse geordnet berücksichtigt.

Arbeiterunruhen in Italien. Der „Kvant“ meldet aus Neapel, daß in den Eisenwerken von Serravallo die Arbeitssperre der Arbeiter verhängt wurde. Etwa 2000 Arbeiter verweigerten hierauf in den Anlagen einzutreten. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und dem von ihnen gerufenen Militär, wobei einige Arbeiter und Soldaten verletzt wurden.

hieran dann loshaft mit den Händen. Interessiert und unbeeinträchtigt komme ich näher. Da sehe ich denn, wie so ein kleiner Schöpfer auf den Asphalt kniet, in der blaugestrichenen linken Hand einen Angeln verschiedener Farbstoffe haltend, während die rechte, ein einen roten Farbstoff führt, dabei ist, einen farbenprächtigen, überlegene gezeichneten Schmetterling zu vollenden. Der kleine Zeichner springt auf und sieht sich froh lachend im Kreis der Schwestern. Als er mich gemerkt, gibt er diesen ein Zeichen, und alle wollen davonstürmen. Ich beschwichtige die kleine Schöne, und sie bleiben bei mir stehen und wir beobachten gemeinsam den Schmetterling. Der kleine ist aber nicht wiedergeboren, sondern ein so aufrichtiger Naturist und bewundernswürdiger Farbstoffzusammensetzer, daß hätte ich nicht selber gesehen, wie der Junge ihn gezeichnet, zweifellos dessen Autorität bestätigen würde. Ich sehe mir das kleine Herchen etwas näher an. Selbigen Augenblicke nach, gehört er auch zu der Gattung Monarchfalter, die verdammt sind, die Winterhäuser der Metzlerinnen zu bevölkern. Auf Befragen behauptet er meine Vermutung. Bald arbeitet los, Mutter nicht und die Schwester geht in die Arbeit. Auf meine Frage, ob er noch mehr solche Dinare zeichnen kann, läßt er überlegen und sagt in gutmütig schnoddriger Art, die den Berliner Mangel so eigen ist: „Was ist denn da bei los!“ Ich schenke ihm einen Lappen Papier, so wie ein Künstler'schen Pfennig nennen und fordere ihn auf, noch ein paar zu zeichnen. Er bedankt sich und schenkt mir die Tafel, die er greift zum Zeichen. Mit einer Sicherheit und Gewandtheit, die in Erlösungen verweilt, weiß er die verschiedenen Farben zu führen. Im Handumdrehen hat er das Bild einer kleinen Wasserläuferin gezeichnet, wie wir dieselbe so oft als Larve in den Wasserläufer-Wäldern finden. Eine knipprige schmale Zeichnung, auf dem Kopf eine Krone, die lange spitze Nase eine Krone. Um die kleinen Schmetterlinge eine vorläufige Zeichnung, in der linken Hand einen Kompass haltend, während die rechte sich auf einen Schwarm stützt. Ich bin verblüfft über so viel Auffassungsgabe und Erlösung, mit solcher Sicherheit der Natur diese irgendwo gezeichnete Naturart wiedergibt.

Triumphierend schenkt er mich an, seine Schwestern haben ihn zu. Ich warte ihm dankbar zu und hartig ist er dabei um mich großer Geduld einen Schmetterling zu zeichnen als ich ihn erlöse. Wie der Naturwunder ist die kleine Schöne auf und davon. Die Natur, da kommen zwei Klotzjäger daher. Das Gewebe des Schmetterlings, auf dem Bunde eines schmalen Kompasses und auf dem Kopf den Kompass. Ich betrachte noch ein wenig des kleinen Kompositionen und lege gedankensvoll meinen Kopf auf den Tisch. Es der kleine einmal seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend sich entwickeln kann und wird!

Die Reaktion bei der preußischen Eisenbahnverwaltung.

Die Rolle der Rechtssozialisten.

Das Eisenbahnerkreuz wird und geschrieben: Unter dem Vorwand, eine bessere Wirtschaftlichkeit des Betriebes herbeizuführen, wurden von rund 80 Hauptwerkstätten der preußisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft bis jetzt ungefähr die Hälfte geschlossen und nach 14 Tagen unter verschlechterten Bedingungen für eine noch herabgesetzte Zahl von Arbeitern wieder geöffnet. In den nicht geschlossenen Werkstätten wurde ein abgefärgtes Verfahren angewandt, indem man einfach Kassentilgungen vornahm.

Das reaktionäre Wesen dieser Maßnahmen zeigt sich nicht nur in dem bekannten Revolver, den die Arbeiter unterzeichnen mußten, die sich zur Wiedereinstellung meldeten, sondern auch in den Kassentilgungen von Funktionären des Deutschen Eisenbahnerverbandes, und ganz besonders derjenigen Arbeitervertreter, die mit besonderer Entschiedenheit die Interessen ihrer Kollegen wahrgenommen haben. Ob die Entlassungen in Berlin, Breslau, Kassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Halle, Kottbus oder sonst einem Orte erfolgten, überall sehen wir das gleiche Bild.

So wurden in Frankfurt a. M. Mitglieder des Verbandsausschusses nicht nur in Schutzhaft gesetzt, sondern auch aus dem Eisenbahndienst entlassen. Kauerding wurden die Mitglieder des Betriebsrates beim Werkstättenamt in Frankfurt a. M. bis auf einen Kollegen entlassen, der bei den Rechtssozialisten politisch organisiert ist. Unter Entlassenen befinden sich Arbeiter, die 8, 14, 18 und 20 Jahre im Betrieb tätig waren. In Kottbus wurde dem Ortsbeamten des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem rechtssozialistischen Stadtverordneten Scheller die Schutzhaft angedroht. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei allen Werkstätten im Lande. Die Angestellten mehren sich, doch nicht nur in den Werkstätten, sondern auch im Betrieb, d. h. auf Rangierbahnhöfen, in Verkehrsverwaltungen und Bahnhofsstellen, "Ordnung" geschaffen werden soll.

Der Hauch ist durchdringt. Die Betriebe der Eisenbahn sollen von radikalen Elementen "gesäubert", die Zurückbleibenden eingeschüchtern und die Alleinherrschaft der Amtsvorgesetzten wieder eingeführt werden. Das sind die Erfolge des Kampfes gegen den Rechtssozialismus unterstützten Verbandsorgans gegen die Eisenbahner. Als im Sommer vorigen Jahres über die Wiedereinführung der Affordereit der Parteiführung ablehnten, erklärt der rechtssozialistische Abgeordnete und Unterstaatssekretär Graf: "Daun müssen wir eben die Öffentlichkeit auf die Eisenbahner legen." Heute geben sich dieselben Leute den Anschein, als wären sie unschuldig an diesen Zuständen und spielen den wohlwollenden Helfer. Herr Defer wächt seine Hände in Unschuld und verläßt in seiner Engländerheit: "Es darf niemand entlassen oder versetzt werden, nur weil er Funktionär einer Organisation ist." Aber, möchten wir ergänzen, es darf niemand entlassen oder versetzt werden, weil er eine politische Gesinnung hat, die einem Vorgesetzten nicht paßt, oder weil er von dem verfassungsmäßigen Staat der freien Meinungsäußerung Gebrauch machte und die Gerechtigkeit für die Arbeiter verlangt. Die Forderung der Wiedereinstellung ist die schlimmste Sünde, deren sich ein Eisenbahner im Lande der "vollkommenen Demokratie" und in der Zeit der Betriebswahlen schuldig machen kann.

Der Herr Minister hat die Entlassungen und Wiedereinstellungen in das Ermessen der Amtsvorgesetzten gelegt, in das Ermessen jener Herren, die bis ausnahmslos als Träger der Willkürherrschaft vor und während des Krieges bekannt sind, zu den begehörigen Vertretern des alten Systems.

Zum Tod des Polarforschers Peary.

Robert E. Peary, der bekannte amerikanische Polarforscher, ist nach einer Weidung aus Washington im Alter von 66 Jahren gestorben. Er hatte sich kürzlich einer operativen Bluthochdruckbehandlung unterziehen müssen, aber auch dieses Vergiftungsmittel, das Leben des Forschers zu retten, hat sich nun als unzulänglich erwiesen. Der Name des Verstorbenen war — wie man sich erinnern wird, — vor zehn Jahren in aller Munde, als jener berühmte Streit, was den Nordpol erreicht habe, zwischen Peary und seinem Landsmann Cook ausgebrochen war. Peary hatte im Jahre 1908 seine dritte Polarreise angetreten, um endlich das Ziel seiner sehnlichst ersehnten Bemühungen, den Nordpol zu erreichen. Am 6. April 1909 gelangte er den Pol erreicht zu haben und trotz noch dreißigtägigem Aufenthalt dabeilist, den er zu verschiedenen wissenschaftlichen Beobachtungen benutzte, den Rückweg an. Am 8. September 1909 traf Peary in Labrador ein. genaue fünf Tage, nachdem die Nachricht vom Erfolge Cooks nach Norwegen gelangt war. Cook wurde bekanntlich bald darauf als Schwindler entlarvt, und Peary durfte sich zunächst des Ruhmes erfreuen, von der wissenschaftlichen Welt als erster Entdecker des Nordpols gefeiert zu werden. Aber nicht lange darauf ergab die eingehende Untersuchung seiner Aufzeichnungen, die durch eine vom Kongress der Vereinigten Staaten eingesetzte wissenschaftliche Kommission vorgenommen wurde, daß auch Peary den Pol nicht erreicht hatte, sondern ihm nur bis auf etwa 2,5 Kilometer nahe gekommen war, daß er aber in gutem Glauben angenommen hatte, den Pol erreicht zu haben, weil er durch seinen falschen Chronometer getäuscht worden war. Aber wenn Peary auch nicht vor der Wissenschaft als Entdecker des Nordpols behauptet wurde, so blieb dem beharrlichen Forscher doch das Verdienst, seine eingehende Durchforschung der arktischen Regionen ein wesentliches Teil zu der Erkenntnis über die Polarwelt beigetragen zu haben.

Im Jahre 1886 im Staate Vermont geboren, war Robert Peary schon im Jahre 1888 100 Kilometer weit auf dem arktischen Inlandeis vorgekommen und hatte im Jahre 1891 im Auftrag der Modem der Wissenschaften in Grönland seine erste große Expedition nach dem arktischen Norden von Grönland unternommen, auf der an der Ostküste die Inuit-Bevölkerung entdeckt wurde. Eine zweite Expedition nach dem arktischen Nordpol wurde unternommen, da der Verlust der Familie Peary ein weiteres Vordringen unmöglich machte. Drei nächste Expeditionen nach Grönland im Jahre 1896 und 1897 waren erfolglos, und auf der letzten Expedition gelang es Peary, die Insel zu erreichen, und auf der letzten Expedition gelang es Peary, die Insel zu erreichen. Nach verschiedenen weiteren Reisen trat dann Peary im Jahre 1906 die schon erwähnte letzte Expedition an, auf der er den Nordpol erreicht zu haben glaubte.

gatten, und die 477 Toten vielfach von den Helfern nach der Revolution gebrandmarkt wurden. Es sind die Repräsentanten des wirtschaftlichen Zeitalters, in deren Händen die Zukunft des Wohlwollens lag. Ihre Unabwendigkeit leuchtete proportional der bezugten Unzulänglichkeit. Mit diesen Vertretern des alten Ordnungssystems ist die Arbeiterschaft nach der Revolution sehr glimpflich verfahren, jetzt erhält sie den Dank dafür.

Wir haben von den Männern der Republik zu verlangen, daß sie dieser Willkürherrschaft sofort ein Ende machen und zur Abregung der Wiedereinstellung und Entlassung der von vielen Dienststellenleitern und Amtsvorgesetzten bevorzugten Doppelergänzungen aus landläufigen Gegenständen Schiedsgerichte bilden, zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerkschaften, Abgeordneten des betr. Kreises, Vertretern der Eisenbahnarbeiter und der Eisenbahnverwaltung.

Das Ministerium über die Entlassungen.

Das Eisenbahnministerium hat sich endlich veranlaßt gefühlt, zu den von vielen Seiten, ohne Unterschied der politischen Richtung, festgestellten Forderungen von freigeberischen und sozialistischen Funktionären in den Eisenbahnerkreisen zu äußern. Das Ministerium behauptet, wie vorausgesetzt war, daß die Entlassungen und Wiedereinstellungen lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgt seien. Die Verträge seien mit Arbeitern abgeschlossen und die Zahl der Beschäftigten wurde somit herabgesetzt worden. Es ist deshalb für jede Verhältnisse "gipfeln" worden. Die Beschlüsse des Ministeriums, welche die Zahl von Arbeitern in der Beschäftigung festsetzt, damit der Betrieb am wirtschaftlichsten arbeitet. Bei der Auswahl der Arbeitskräfte hat sich die Verwaltung lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Die ständigen Organe der Direktion sind eingehend mündlich über die Absichten des Ministeriums unterrichtet worden.

Wenn das zutrifft, so ist damit die Tatsache festgestellt, daß die Amtsvorgesetzten, die Betriebsleitungen der einzelnen Werkstätten, nicht nach dem Willen und nach den Anweisungen des Ministeriums verfahren haben, denn die tatsächlich in der auffallendsten Weise vorgenommenen Abregelungen werden durch eine solche Erklärung des Ministeriums nicht aus der Welt geschafft.

In seiner Zuschrift an die Presse gibt das Ministerium im übrigen selbst zu, daß Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes entlassen worden sind, allerdings — nicht alle Funktionäre — wie es recht bezeichnend in dem Schreiben des Ministeriums heißt. Die Zuschrift führt auch von einigen Werkstätten die Zahlen der entlassenen Funktionäre auf, die schon einen ziemlich hohen Anteil der Vertrauensleute an den Entlassungen erkennen lassen, aber mit den von den Vertrauensleuten des Eisenbahnerverbandes ermittelten Zahlen nicht übereinstimmen. Dazu bemerkt das Ministerium ferner: "Dabei darf nicht verkantet werden, daß unter den Funktionären der Verbände mitunter Leute waren, die keineswegs im gewerkschaftlichen Geiste arbeiteten." Dazu möchten wir bemerken, daß das Ministerium es schon den Arbeitern selbst überlassen muß, zu beurteilen, was "gewerkschaftlicher Geist" ist. Ein Anteil der hohen Behörden hierüber wird den Arbeitern niemals maßgebend sein und den Eindruck nicht verwischen, sondern eher verstärken, daß die Absicht besteht, die unbehaglichen Elemente aus den Werkstätten zu entfernen.

Wir werden weiter Gelegenheit nehmen, die Öffentlichkeit über die wahren Zustände in der Eisenbahnverwaltung aufzuklären.

Gewerkschaftliches.

Tariffähligung im Eisengewerbe.

In einer Versammlung der Preisverhöre berichtete die Aufsicht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber des Eisengewerbes vor dem Groß-Berliner Schlichtungsausschuss über die Gewährung der Mehrschichtarbeit vom 1. Januar. Die Arbeitgeber kamen dauernd mit Erklärungen, daß sie nicht in der Lage sind, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen; sie könnten nichts unternehmen, die unzulässigen Wettbewerber, die dauernd unter den dem Interessentenverband festgesetzten Mindestpreisen arbeiten, auszuschalten und an eine erneute Preisbildung der Bedienungspreise nicht denken. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sich auch hier wieder bereit, an der Preisreform mitzuwirken, indem sie einem Vergleich — der von beiden Seiten unterschrieben und anerkannt wurde — zustimmten. Der Vergleich besagt: Die Verhandlungen werden vertagt, bis eine Regelung — unter Mitwirkung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission und des Tarifermittlungsausschusses — in der Belieferung der Preisverhöre mit Eisen und Spiritus, die den unzulässigen Wettbewerber ausschließt, erfolgt ist. Bis dahin wird den Gehilfen und Gehilfinnen, die nur den Mindestlohn haben, ab 23. Februar eine Abfindungszahlung von mindestens 300 M. gewährt.

In der Diskussion wurde einstimmig die Forderung der Tarifverträge verlangt, die dann ebenso einstimmig von der Versammlung beschlossen wurde. Den Vertretern der Schlichtungskommission wurde insofern ein Vertrauensvotum ausgesprochen, daß sie mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifvertrages beauftragt wurde. Hierauf gelangte auch der Vergleich zur einstimmigen Annahme.

Generalversammlung des Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Schumann bekannt, daß er am Freitag mit Rücksicht auf eine Unterredung gehabt habe über die Verordnung des Reichspräsidenten, die die Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben. Schumann führte aus, daß er Rücksicht habe, wie die Großbetriebsleiter, geklärt durch den Erlaß, jedes Eingehen auf die berechtigten Wünsche der Arbeiter abzuweisen. Rücksicht habe darauf, daß es ihm ferngelegen habe, die Betriebsleiter zu unterstützen, und in einem Schreiben wurde dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß Rücksicht die "Erlaubnis" gibt, daß die Betriebsleiter in den Großbetrieben eventuell auch durch Arbeitsniederlegung ihren Forderungen Nachdruck geben dürften. Daraus hat die Organisation aller Erforderliche eingeleitet. Der Bericht weist eine Steigerung des Mindestlohnes von 6000 auf 7100 aus. Nach einem Diskussionsbericht wird die Diskussion vertagt, um erst die Vorstandswahlen vorzunehmen.

Der Verwaltung war es schwer auf die Nerven gefallen, daß die Kollegen der Opposition es gewagt hätten, eine eigene Liste zu den Vorstandswahlen aufzustellen und dieselbe sogar in Form eines Flugblattes mit der Überschrift: "Gegen die Arbeitsgemeinschaft, für das Rätekönigtum!" den Kollegen überreicht hatte. Nach langer Diskussion wird per Akklamation abgestimmt. Die Liste der Opposition wird gegen eine geringe Minorität gewählt. Die Wahl des 1. Vorsitzenden soll in der am nächsten Sonntag stattfindenden Generalversammlung, in welcher die Kandidaten zum Verbandstag aufgestellt werden, vorgenommen werden. Kollegen! Kommt dort am nächsten Sonntag! Bringt durch zahlreichem Besuch, daß ihr gewonnen seid, die neugewählten Kollegen zu unterstützen.

Groß-Berlin.

Geburtenrückgang und Schulwesen.

Die Geburtenzahl steht in engen Zusammenhang mit unserm Schulwesen. Je stärker die Geburtenzahl ist, desto größer muß die Zahl der Klassen sein, desto mehr Schulen und Lehrkräfte braucht man. Im umgekehrten Falle ändert sich das Verhältnis in umgekehrtem Maße. Schon im Frieden mußte die Tatsache festgestellt werden, daß die Zahl der Geburten ständig zurückging. Während im Jahre 1906 die Geburtenzahl in Berlin 51 460 betrug, war sie im Jahre 1913 auf 40 820 gesunken. Im Jahre 1914 betrug sie nur noch 37 400. In den folgenden Jahren, den Kriegsjahren, war der Rückgang rapide. Er betrug im Jahre 1915: 30 900, 1916: 22 700 und im Jahre 1917: 18 720. Die Geburtenziffer war also vom Jahre 1906 bis 1917 von 51 460 auf 18 720 gesunken. Vom Jahre 1918 stieg sie wieder; sie betrug 20 220, um im Jahre 1919 auf 27 800 hinaufzugehen.

Daraus kommt die in den Kriegsjahren bedeutend gestiegene Sterblichkeit. Dieser Rückgang der Geburten hat auch zur Folge, daß die Zahl der einzuschulenden Kinder immer weiter zurückgegangen ist. Und wenn auch die Klassenfrequenz eine erhebliche Verabstärkung beträgt, — es sollen nach einem Ministerialerlasse keine Einschreibungen von Klassen erfolgen, wenn die Durchschnittszahl 40 beträgt, — so machte die Schulbehörde sich doch Sorgen über die Wirkung dieser Tatsache. Es ist bekannt, daß die Ausnahmefälle immer eine größere Schülerzahl aufweisen als die oberen Klassen enthalten. Der Berliner Schulrat hat den Vorstoß gemacht, einzuweisen nur eine einmalige Einschreibung im Jahre vornehmen zu lassen. — Es dürfte gut sein, Maßnahmen auf diesem Gebiete mit den Vorarbeiten in Einklang zu bringen.

Ergebnis der Elternratswahlen in Wetzlar. Die großen nach gefundenen Elternratswahlen zeitigen für unsere Partei, unterstützt von dem Arbeiter-Eltern-Rat, ein glänzendes Resultat. Von den auf 7 Schulen zur Verteilung stehenden 106 Mandaten entfielen auf unsere U. S. P. D. Wahlvereinigungen 68 Mandate, das sind 64 Prozent, während die Sozialdemokraten nur 11 Mandate (10,4 Prozent) als gewählt zu verzeichnen haben. Eine Niederlage hätten sich auch die Rechtssozialisten, denn trotzdem letztere unter einer neuen Firma, "Freie Schulvereinigungen" in den Wahlkampf zogen und eine äußerst ungeglückte Kandidation betrieben, erhielten lediglich nur 27 Mandate. Die U. S. P. D. Gemeindefraktion wählten erst am 7. März.

Ergebnis der Elternratswahlen. Lichtenberg: Volksschulen: U. S. P. D. 6048, S. P. D. 1513, Bürgerl. 8103. Hilfschulen: U. S. P. D. 114, S. P. D. keine Stimme, Bürgerl. 122. Ansbachmühlstraße: 113, 123, 730.

Ergebnis der Elternratswahlen. Pankow: U. S. P. D. 200, S. P. D. 106, zusammen 302. Ungültig 2. — 2. Gemeindefraktion: U. S. P. D. 338, S. P. D. 219, S. P. D. 101, zusammen 658, Ungültig 6. — 3. Gemeindefraktion: U. S. P. D. 805, U. S. P. D. 802, zusammen 1607, Ungültig 4. — An der Abstimmung haben etwa die Hälfte der Wähler teilgenommen.

Ergebnis der Elternratswahlen. Die abgegebenen Stimmen bei den Elternratswahlen sind wie folgt: Unabhängig 4, Mehrheitspartei 6, Christlich unpolitisch 15.

Der Frauenmord in der Tiedstraße scheint seiner völligen Aufklärung schon ganz nahe zu sein. Unter dem dröhnenden Verdacht der Tötung steht der 20 Jahre alte Gelegenheitsmüller, Ausstößelner und Arbeiter Fritz Koch, der zuletzt bei seinen Eltern in der Annaburgerstraße wohnte, verhaftet worden. Eine Zeugin behauptet, daß sie gegen 12 1/2 Uhr nachts, also zu der Zeit, in der das Mädchen nicht auf der Straße gesehen wurde, auch Koch dort in der Gegend noch gesehen worden ist. Es besteht der begründete Verdacht, daß Koch mit ihr zusammen nach Hause gegangen und sie aus Eifersucht umgebracht hat. Er beschloß das noch und will einen Selbstmord führen. Dieses und anderes Material, das ihn weiter belastet, wird augenblicklich noch nachgeprüft.

Der Bäckermeister Albert Ober, in Firma Ruff Nachf. Alte Jakobstraße 79, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung von der Wählstellung ausgeschlossen worden.

Aus dem Gemeindeleben.

Wittenau. Als erster Punkt der letzten Gemeindevorstandssitzung kam der von unserer Partei als Dringlichkeitsantrag eingebrachte Antrag auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen und des Verfallsrechts zur Sprache. Wie in eigentlich selbstverständlich wurde der Antrag mit Hilfe der Rechtssozialisten abgelehnt. Bislang war die Einrichtung einer Klasse für schwachbegabte Kinder zur Verhandlung. Da sich hier kein Widerspruch geltend machte, wurde beschlossen, vom 1. April d. J. ab in Wittenau und Bornholmer Straße je eine Klasse für diesen Zweck einzurichten. Eine längere Aussprache darüber ist beim Punkt Bewilligungen von Vorarbeiten an die Gemeindefunktionäre und Hilfsmannschaften. Mit Bewilligung an die Gemeindefunktionäre und Hilfsmannschaften waren wir ohne weiteres einverstanden, doch bei den Kinderzulassen monatlich von 20 M. herabzusetzen unsere Vertreter den trassen Unterschied des Gehalts, während den Beamtenkindern eine jährliche Zulage von 600 M. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zugesprochen werden soll, weil man die Arbeiterkinder mit 20 M. monatlich und nur bis zum 15. Lebensjahre abfinden. Genosse Ober hat geklagt in scharfen Worten diese Minderbegabten. Es gelang Genossen Ober, die anderen Gemeindefunktionäre zu überzeugen, daß hier kein Unterschied gemacht werden darf, und kam es zu einer Einigung dahin, daß auch den Arbeiterkindern die Beihilfe von 600 M. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zugesprochen werden soll. Der Erhöhung der Gehälter der Hilfsarbeiter und Angestellten wurde ohne jede Diskussion zugestimmt, deshalb der Bewilligung von Bureau-Vorarbeiten in besserer Gemeindevorwaltung. Die Bewilligung über die Verbesserung der Gemeindefunktionäre wurde vertagt und beschlossen, die Vorlage sowie den Einreichungsantrag an den Polizeikommissar zurückzugeben, weil Einstellung der Beamten in die einzelnen Gehaltsklassen keinen klaren Überblick zuließ, und selbst unter den Beamten, die im Ruhestand angewandt waren, tief ein einiges Unverständnis hervor. Das man verfuhrte für den Lebensmittelfontrollen 15 000 M. Jahresgehalt durchzubringen (beim nebenbei bemerkt, noch keinen Jahresabschluss vorgelegt hat). Auch für einen Herrn Bureauleiter wurde man noch in letzter Minute ein höheres Gehalt rausgehoben. Am Sonnabend, den 15. d. M., rangierte dieser Herr noch in Klasse 1b, während er am Freitag in der Vorlage in Klasse 1a stand. Wie überall, will man den höheren Beamten mit vollen Händen geben, während man den unteren Beamten nicht zulassen will. Für die Verwirklichung wurde die Fassung eines Vorfalls zur Verhandlung. Nach der Aufnahme eines Beschlusses von 3 Millionen M. mittels der Gemeinde wurde zugestimmt. Nur über die Verwendung des einzelnen Sammens gab es Meinungsverschiedenheiten, so sollen 80 000 M.

